

Herrn

Peter Weiß MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Mannheim, den 18. Januar 2011

„Vom Rechtsstaat geprellt“, ZEIT vom 13. Januar 2011, S. 61  
Ehemalige DDR-Flüchtlinge – Fehlplatzierung im RÜG

Sehr geehrter Herr Weiß,

vor mir liegt der o. g. Artikel, den Sie möglicherweise auch kennen. Sie werden zitiert: „Der CDU-Sozialexperte Peter Weiß sagt zwar, man strebe eine Lösung noch in diese Wahlperiode an, in Kraft treten aber würde die womöglich erst 2019.“

Erst 2019? Ihnen sind die Grunddaten des Konfliktes, die in dem Artikel angerissen werden, bekannt. Betroffen ist die gesamte deutsch-deutsche Flüchtlingsgeneration der Geburtsjahre nach 1936. Bitte rechnen Sie mit: Wer 1937 geboren ist, ist im Jahre 2019 genau 82 Jahre alt, sofern er noch leben sollte.

Sollen die Betroffenen ernsthaft noch mindestens 8 Jahre warten, wobei es völlig unklar ist, wie die von Ihnen angedeutete Lösung überhaupt aussieht? Was veranlasst Sie zu einer derart düsteren Prognose?

Aus etlichen Gesprächen mit Mitgliedern der Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge ist Ihnen bekannt, dass die Betroffenen seit Mitte der 90-er Jahre den Skandal bei den politischen Verantwortungsträgern reklamieren. Erfolglos bislang, wie Sie wissen.

Den Berichterstattern des Petitionsausschusses liegt die Beschlussempfehlung zu einer diesbezüglichen Sammelpetition vor, die auf eine alsbaldige Lösung dringt. Inzwischen haben zahlreiche Abgeordnete des Bundestages das Problem erkannt und mahnen die unverzügliche Lösung des Konfliktes an.

Nach unserer Information ist die Bundesregierung bislang nicht bereit zu erkennen, dass mit der historisch völlig deplazierten Einbeziehung der in der alten Bundesrepublik eingegliederten DDR-Flüchtlinge in den Prozess der Renten-

überleitung eine Fehlentscheidung getroffen wurde, die nach nunmehr 20 Jahren dringend einer Korrektur bedarf.

Wir sehen den Bundestag nach wie vor als Volksvertretung im eigentlichen Sinne an. Sie, sehr geehrter Herr Weiß, gehören der CDU an, die das stärkste Gewicht in der Regierungskoalition hat. Die Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion haben folglich den größten Einfluss auf den Kurs des Regierungshandelns. Sie als Berichterstatter für Alterssicherung/Rentenversicherung Ihrer Fraktion sprechen in dieser Eigenschaft sicherlich für die Gesamtheit der Fraktion.

In den Fraktionen von SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN sowie FDP wissen wir eine Reihe von Abgeordneten, die Unterstützung signalisiert haben und an Lösungsansätzen arbeiten. Von den LINKEN wollen wir nicht reden; wir gehören nicht zu deren Klientel. Ich kann Ihnen aber mit Fug und Recht sagen, dass wir als ehemalige DDR-Flüchtlinge historisch zu den Stammwählern der CDU bzw. CSU gehört haben. Wir sind zutiefst enttäuscht, dass aus Ihrer Fraktion bislang noch keine Initiativen gekommen sind, den Lösungsprozess zu forcieren.

Die Funktionäre der SED und Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit haben sich mit den Mitteln des Rechtsstaates einen auskömmlichen Lebensabend gesichert. Den Opfern hingegen wird eine 30-jährige Wartezeit mit ungewissem Ausgang zugemutet.

Es ist endlich an der Zeit, dass die IEDF als Interessenvertretung der deutsch-deutschen Flüchtlingsgeneration auch von Ihrer Fraktion ernst genommen wird. Die politische Dimension der Sachlage duldet keinen Aufschub. Bitte gewähren Sie uns einen Gesprächstermin.

Mit freundlichem Gruß,

Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß  
(Vorsitzender IEDF)